

Kops: Gewerkschaft sieht Politik in der Pflicht

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Bremen macht die rot-rot-grüne Landesregierung für die hohe Zahl unbesetzter Stellen für Kontaktpolizistinnen und -polizisten bei der Polizei Bremen verantwortlich und bekräftigt damit Aussagen der Pressestelle der Polizei.

„Der Gesetzgeber hat mit der Novellierung des Polizeigesetzes eine Kette zusätzlicher Aufgaben geschaffen, die durch die Polizei mit dem vorhandenen Personal nicht bewältigt werden können,“ sagt dazu Jörn Schulze, Landesvorsitzender der Gewerkschaft. „Hier geht es aber erst in zweiter Linie um Aufgaben für die Polizistinnen und Polizisten auf der Straße, sondern in erster Linie um die Erhöhung des bürokratischen Aufwandes für die Umsetzung bestimmter Vorschriften, wie beispielsweise die sogenannten Kontrollzettel, die zukünftig ausgestellt werden sollen.“

Den Bürgerinnen und Bürgern habe die Koalition mit einer Vielzahl vermeintlich bürgerfreundlicher Regelungen einen Bärendienst erwiesen, meint der Gewerkschaftschef, denn durch den hohen Zeitdruck, der durch die schnelle Einführung des Gesetzes entstanden sei, habe die Polizei gar keine andere Chance gehabt, als die Besetzung von Stellen auszusetzen oder gar zu streichen, um das Personal für Verwaltungsaufgaben finanzieren zu können. „Es versteht sich von selbst, dass man die Finanzierung nur solcher Stellen streichen kann, die unbesetzt sind,“ erläutert Schulze. „da lag es auf der Hand, die neuen Aufgaben aus einem ohnehin unterbesetzten Bereich zu finanzieren – zu Lasten der Menschen in den Stadtteilen.“

Schulze sieht daher die Politik in der Pflicht, das Problem der fehlenden Kops schnellstmöglich zu lösen – zum Beispiel durch die sofortige Finanzierung der durch das Polizeigesetz erforderlich gewordenen Stellen. „Es ist falsch, den Schwarzen Peter der Polizei zuzuschieben,“ ist er überzeugt. Sie tut nur das, was der Gesetzgeber ihr aufträgt.